



Sammelstiftung Mythen der «Zürich» Lebensversicherungs-Gesellschaft

Vorsorgereglement

Inhalt

Vorsorgereglement

1 Einleitung 1

- 1.1 Welche Abkürzungen werden verwendet? 1
- 1.2 Was gilt für eingetragene Partner gemäss PartG? 1
- 1.3 Welcher Zweck liegt der Personalvorsorge zu Grunde? 1
- 1.4 Wie ist die Personalvorsorge organisiert? 1
- 1.5 Welches sind die Leistungen des Sicherheitsfonds BVG? 1

2 Welches sind die Berechnungsgrundlagen der Personalvorsorge? 2

- 2.1 Welche Altersberechnungen sind für die Personalvorsorge massgebend? 2
- 2.2 Wann erfolgt die Pensionierung? 2
- 2.3 Welcher Jahreslohn ist für die Personalvorsorge massgebend? 2

3 Wann und wie erfolgt die Aufnahme in die Personalvorsorge? 3

- 3.1 Wer wird in die Personalvorsorge aufgenommen und welches sind die Leistungseinschränkungen? 3
- 3.2 Wie wird die zu versichernde Person angemeldet? 3
- 3.3 Wann beginnt der Vorsorgeschutz? 3
- 3.4 Wann erfolgt eine Gesundheitsprüfung? 4
- 3.5 Welche reguläre Eintrittsleistung ist zu erbringen? 4
- 3.6 Wie kann sich die versicherte Person über die reguläre Eintrittsleistung hinaus einkaufen? 4
- 3.7 Was geschieht bei einer Änderung des Beschäftigungsgrades? 5

4 Wann und in welchem Umfang werden Leistungen fällig? 5

- 4.1 Welche Leistungen sieht die Personalvorsorge vor? 5
- 4.2 Welche Bestimmungen gelten für sämtliche Leistungen? 5
- 4.3 Welche Bestimmungen gelten für Todesfall- und Invaliditätsleistungen? 6
- 4.4 Welches ist die Altersleistung? 6
- 4.5 Welches sind die Todesfalleleistungen? 7
- 4.6 Welches sind die Invaliditätsleistungen? 9
- 4.7 Welche Leistungen erfolgen beim Austritt aus der Personalvorsorge? 10
- 4.8 Welche Leistungspflichten bestehen nach dem Austritt aus der Personalvorsorge? 11

5 Welches sind die Beiträge an die Personalvorsorge? 12

6 Welche Rechte und Pflichten hat die versicherte Person? 12

- 6.1 Was ist der Stiftung zur Durchführung der Personalvorsorge mitzuteilen? 12
- 6.2 Welche Auskünfte erhält die versicherte Person? 12
- 6.3 Wie wird der Datenschutz im Rahmen der Personalvorsorge gewährleistet? 13

7 Was gilt es sonst noch zu beachten? 13

- 7.1 Wer kann das Vorsorgereglement bzw. den Vorsorgeplan ändern und für wen haben die Änderungen Gültigkeit? 13
- 7.2 Welches sind die Auswirkungen einer Auflösung des Anschlussvertrages? 13
- 7.3 Welches sind die Voraussetzungen für eine Teilliquidation eines einzelnen Vorsorgewerkes bzw. der Stiftung und wie wird sie durchgeführt? 13
- 7.4 Wer entscheidet bei Sachverhalten, die dieses Vorsorgereglement nicht regelt? 13
- 7.5 Wo werden die Verbindlichkeiten der Stiftung erfüllt? 13

- 7.6 Wann tritt dieses Vorsorgereglement in Kraft? 13

8 Ausführungsbestimmungen zur Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge 14

- 8.1 Welche Mittel können für Wohneigentum eingesetzt werden? 14
- 8.2 In welcher Form können die Mittel eingesetzt werden? 14
- 8.3 Wofür können die Mittel aus der beruflichen Vorsorge verwendet werden? 14
- 8.4 Was heisst Eigenbedarf? 14
- 8.5 Welche Bedingungen gelten für den Vorbezug? 14
- 8.6 Welche Bedingungen gelten für die Verpfändung? 15
- 8.7 Welcher Anspruch auf Information besteht? 16
- 8.8 Wie wird der Vorbezug oder die Verpfändung geltend gemacht? 16
- 8.9 Welche Kosten entstehen? 16
- 8.10 Welches sind die gesetzlichen Grundlagen? 16

9 Technischer Anhang 17

- 9.1 Zinssätze (Stand: 1. Januar 2008) 17
- 9.2 Umwandlungssätze für Altersrenten (Stand: 1. Januar 2008) 17
- 9.3 Lohnbegriffe (Stand: 1. Januar 2008) 17
- 9.4 Pensionierungsalter (Stand: 1. Januar 2008) 17

Organisationsreglement für den Kassenvorstand

Vorsorgereglement

Ausgabe 1/2008 (Altersrenten)

1 Einleitung

1.1 Welche Abkürzungen werden verwendet?

Stiftung

Sammelstiftung Mythen der «Zürich» Lebensversicherungs-Gesellschaft, Zürich

Zürich

«Zürich» Lebensversicherungs-Gesellschaft, Zürich

AHV

Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung

ATSG

Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts

BVG

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge

BV 2

Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge

FZG

Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge

IV

Eidgenössische Invalidenversicherung

MVG

Bundesgesetz über die Militärversicherung

OR

Bundesgesetz über das Obligationenrecht

PartG

Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare

UVG

Bundesgesetz über die Unfallversicherung

VVG

Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag

1.2 Was gilt für eingetragene Partner gemäss PartG?

Solange eine eingetragene Partnerschaft dauert, haben eingetragene Partner im vorliegenden Vorsorgereglement die gleichen Rechte und Pflichten wie Ehegatten.

Stirbt ein eingetragener Partner, so ist der überlebende Partner einem überlebenden Ehegatten gleichgestellt.

Die gerichtliche Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft ist einer Ehescheidung gleichgestellt.

1.3 Welcher Zweck liegt der Personalvorsorge zu Grunde?

Zweck dieser Personalvorsorge ist es, für die versicherten Personen und deren Hinterlassene auf kollektiver Basis gemäss den nachstehenden Reglementsbestimmungen die Leistungen der AHV/IV und der obligatorischen beruflichen Vorsorge zu ergänzen.

1.4 Wie ist die Personalvorsorge organisiert?

Zur Durchführung der Personalvorsorge ist der Arbeitgeber gemäss Anschlussvertrag der Stiftung angeschlossen. Die Leitung der Stiftung obliegt dem Stiftungsrat. Er vertritt die Stiftung nach aussen und entscheidet über die Organisation der Stiftung und über die Durchführung der Stiftungsverwaltung.

Innerhalb der Stiftung besteht eine eigenständige Kasse, Vorsorgewerk genannt. Die Leitung des Vorsorgewerkes obliegt dem Kassenvorstand. Bildung und Aufgaben des Kassenvorstandes sind im Organisationsreglement festgelegt.

Die Leistungen aus dieser Personalvorsorge sind mit einem Kollektiv-Lebensversicherungsvertrag versichert, den die Stiftung als Versicherungsnehmerin und Begünstigte mit Zürich abgeschlossen hat.

1.5 Welches sind die Leistungen des Sicherheitsfonds BVG?

Die Stiftung ist dem Sicherheitsfonds BVG angeschlossen.

Der Sicherheitsfonds BVG stellt die gesetzlich vorgesehenen Leistungen bei Zahlungsunfähigkeit des Vorsorgewerkes sicher.

2

Welches sind die Berechnungsgrundlagen der Personalvorsorge?

2.1

Welche Altersberechnungen sind für die Personalvorsorge massgebend?

2.1.1

Alter für die Beitrags- und Leistungsberechnung

Für die Beitrags- und Leistungsberechnung gilt das jeweils erreichte Alter, ausgedrückt in Jahren und Monaten. Die Zeit vom Tag der Geburt bis zum darauf folgenden Monatsersten bleibt unberücksichtigt.

2.1.2

Alter für die Berechnung der Mindestleistung beim Austritt

Für die Berechnung der Mindestleistung gemäss FZG ergibt sich das Alter aus der Differenz zwischen dem Kalenderjahr und dem Geburtsjahr.

2.1.3

Alter für die Berechnung der Altersgutschriften

Das Alter für die Berechnung der Altersgutschriften ist im Vorsorgeplan festgelegt.

2.2

Wann erfolgt die Pensionierung?

2.2.1

Ordentliche Pensionierung

Die ordentliche Pensionierung erfolgt an demjenigen Monatsersten, welcher der Vollendung des im BVG vorgesehenen Altersjahres folgt.

2.2.2

Reglementarische Pensionierung

Die reglementarische Pensionierung erfolgt an demjenigen Monatsersten, welcher der Vollendung des im Vorsorgeplan vorgesehenen Altersjahres folgt.

Die reglementarische Pensionierung entspricht der ordentlichen Pensionierung gemäss Ziff. 2.2.1, sofern der Vorsorgeplan nichts anderes vorsieht.

2.2.3

Weiterversicherung von erwerbstätigen Personen über das reglementarische Pensionierungsalter hinaus

Erwerbstätige Personen sind über das reglementarische Pensionierungsalter hinaus gemäss Vorsorgereglement weiterversichert, bis sie das ordentliche Pensionierungsalter erreichen.

Die versicherte Person und der Arbeitgeber sind weiterhin beitragspflichtig.

2.2.4

Vorzeitige Pensionierung

Eine versicherte Person kann sich im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber vorzeitig pensionieren lassen, sofern sie die Erwerbstätigkeit definitiv aufgibt. Die vorzeitige Pensionierung ist frühestens auf denjenigen Monatsersten möglich, welcher auf die Vollendung des 58. Altersjahres folgt.

Die Leistungen werden entsprechend reduziert.

2.2.5

Aufgeschobene Pensionierung

Arbeitet eine versicherte Person im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber über das ordentliche Pensionierungsalter hinaus weiter, so kann sie

die Fälligkeit der Altersleistungen aufschieben, bis das Arbeitsverhältnis definitiv aufgelöst wird, längstens aber um 5 Jahre.

Es werden grundsätzlich keine Beiträge mehr fällig, es sei denn, der Vorsorgeplan sieht vor, dass weiterhin Beiträge für die Altersvorsorge erhoben werden. Ab dem Zeitpunkt der ordentlichen Pensionierung erlöschen sämtliche versicherten Leistungen mit Ausnahme der Altersrente und der von ihr abhängigen Ehegattenrente bzw. (sofern versichert) Kinderrenten.

2.3

Welcher Jahreslohn ist für die Personalvorsorge massgebend?

2.3.1

Massgebender Jahreslohn

Der massgebende Jahreslohn entspricht dem mutmasslichen AHV-Jahreslohn der versicherten Person, wobei Familien- und Kinderzulagen sowie Lohnbestandteile, die nur gelegentlich oder vorübergehend anfallen, nicht berücksichtigt werden.

Gehört eine versicherte Person nicht während eines ganzen Kalenderjahres dieser Personalvorsorge an, so ist jener Lohn massgebend, den sie bei ganzjähriger Zugehörigkeit erzielen würde.

Bezieht eine versicherte Person bei einer anderen Firma ebenfalls einen Lohn, so wird dieser nicht berücksichtigt.

2.3.2

Versicherter Jahreslohn

Die Berechnung der Vorsorgeleistungen und -beiträge basiert auf dem versicherten Jahreslohn.

Der versicherte Jahreslohn ist im Vorsorgeplan umschrieben.

Sinkt der versicherte Jahreslohn vorübergehend wegen Beschäftigungsmangel, Mutterschaft, Militär- oder Zivildienst, behält der bisher versicherte Lohn so lange Gültigkeit, als ein Lohnersatz geleistet wird.

Sinkt der versicherte Jahreslohn wegen Krankheit oder Unfall, so bleibt der bisher versicherte Lohn wegen der mitversicherten Befreiung von der Beitragszahlung gültig.

Sieht der Vorsorgeplan einen Koordinationsbetrag vor und sinkt der massgebende Jahreslohn aus anderen Gründen als Krankheit oder Unfall vorübergehend unter den Koordinationsbetrag, so wird die Altersvorsorge beitragsfrei weitergeführt. Anwartschaftliche Invaliditätsleistungen sowie Todesfallleistungen vor der Pensionierung, mit Ausnahme des Todesfallkapitals in Höhe des vorhandenen Altersguthabens, fallen dahin.

Ändert sich der versicherte Jahreslohn infolge Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses wie Versetzung oder Beförderung, so kann die versicherte Person im Einverständnis mit dem Arbeitgeber verlangen, dass der versicherte Jahreslohn sofort den neuen Verhältnissen angepasst wird; ansonsten erfolgt die Anpassung zu Beginn des nächsten Kalenderjahres.

2.3.3

Maximal versicherbarer Jahreslohn gemäss BVG

Der maximal versicherbare Jahreslohn gemäss BVG ist auf den zehnfachen Betrag der BVG-Lohnobergrenze beschränkt.

Falls die versicherte Person mehrere Vorsorgeverhältnisse hat und die Summe aller ihrer AHV-pflichtigen Jahreslöhne den in Abs. 1 genannten Betrag übersteigt, so kürzt die

Stiftung den zu versichernden Lohn entsprechend.

3

Wann und wie erfolgt die Aufnahme in die Personalvorsorge?

3.1

Wer wird in die Personalvorsorge aufgenommen und welches sind die Leistungseinschränkungen?

3.1.1

Aufnahme in die Vorsorge

Der versicherte Personenkreis ist im Vorsorgeplan umschrieben.

Der Arbeitgeber kann sich dieser Personalvorsorge unter Beachtung der steuerrechtlichen Vorschriften anschliessen.

Falls der Arbeitgeber mitversichert ist, ist dies im Vorsorgeplan festgehalten.

3.1.2

Leistungseinschränkungen

War eine zu versichernde Person vor oder bei der Aufnahme in die Personalvorsorge nicht voll arbeitsfähig, ohne für diese Arbeitsunfähigkeit im Sinne des BVG invalid zu sein, und führt die Ursache dieser Arbeitsunfähigkeit zur Invalidität oder zum Tod, so besteht kein Anspruch auf Leistungen gemäss diesem Vorsorgereglement. War die zu versichernde Person bei Beginn der Arbeitsunfähigkeit in einer anderen Vorsorgeeinrichtung versichert, so ist diese für das Erbringen von Leistungen zuständig.

Die Leistungseinschränkungen von Abs. 1 gelten sinngemäss auch für Arbeitnehmer, deren effektive Ar-

beitsunfähigkeit bei Aufnahme in die Personalvorsorge über dem festgestellten Invaliditätsgrad der IV liegt. Ist die Invalidität bzw. der Tod nicht auf die gleiche Ursache zurückzuführen, welche die Arbeitsunfähigkeit bewirkt hat, so werden für die Risiken Tod und Invalidität die vollen Leistungen erbracht.

3.2

Wie wird die zu versichernde Person angemeldet?

Der Arbeitgeber meldet die zu versichernden Personen mit den von der Stiftung zur Verfügung gestellten Unterlagen an. Sofern die Stiftung es verlangt, muss die zu versichernde Person die Anmeldung mit unterzeichnen.

3.3

Wann beginnt der Vorsorgeschutz?

Der provisorische Vorsorgeschutz beginnt an demjenigen Monatsersten, an dem die Aufnahmekriterien gem. Ziff. 3.1.1 erfüllt sind, frühestens jedoch mit dem Eingang der Anmeldung bei der Stiftung.

Als provisorischer Vorsorgeschutz gilt die Versicherungsdeckung für die beantragten Leistungen vom Zeitpunkt der Anmeldung einer zu versichernden Person bis zum Abschluss der Prüfung aller Anmeldeunterlagen. Die provisorische Deckung erstreckt sich nicht auf Versicherungsfälle, welche auf vorbestandene Krankheiten, Gebrechen oder Unfallfolgen zurückzuführen sind. Die Leistung ist im Versicherungsfall zusammen mit allfälligen weiteren Leistungen aus beruflicher Vorsorge, welche durch Zurich bzw. eine ihrer Sammelstiftungen sichergestellt werden, zudem auf CHF 1 000 000 beschränkt (einmalige Leistung bzw. Barwert wieder-

kehrender Leistungen aller Invaliditäts- und Todesfalleistungen zusammen).

Der provisorische Vorsorgeschutz wird in der Folge durch den definitiven Vorsorgeschutz abgelöst, dieser beginnt mit der Zustellung des individuellen Vorsorgeausweises und erstreckt sich auf den darin umschriebenen Leistungsumfang.

3.4

Wann erfolgt eine Gesundheitsprüfung?

Grundsätzlich erfolgt die Aufnahme in die Vorsorge ohne Gesundheitsprüfung auf Grund der Bestätigung der vollen Erwerbsfähigkeit.

Die Stiftung kann die Aufnahme in die Vorsorge oder Leistungserhöhungen von einer Gesundheitserklärung oder ärztlichen Untersuchung und allenfalls einer allgemeinen Risikoprüfung abhängig machen. Die Stiftung kann auf Grund der Ergebnisse dieser Prüfungen Vorbehalte anbringen oder Zuschläge auf den Beiträgen erheben. Allfällige gesundheitliche Vorbehalte entfallen nach fünf Jahren. Die bei der früheren Vorsorgeeinrichtung abgelaufene Zeit eines Gesundheitsvorbehaltes wird angerechnet.

Tritt jedoch ein vom Vorbehalt erfasstes Leiden innert fünf Jahren seit Aussprechen des Vorbehaltes ein, so gilt der Leistungsausschluss im nicht bereits erworbenen Leistungsbereich dauernd.

Der Vorsorgeschutz, der mit der eingebrachten Austrittsleistung erworben wird, wird nicht durch einen neuen gesundheitlichen Vorbehalt geschmälert.

Verschweigt eine Person bei der Gesundheits- bzw. Risikoprüfung eine Tatsache, die sie kannte oder ken-

nen musste, oder deklariert sie eine solche unrichtig, so ist die Stiftung berechtigt, ihre Leistungen gestützt auf Art. 6 VVG zu verweigern. In Abweichung von Art. 6 Abs. 2 VVG beträgt die Frist 6 Monate.

3.5

Welche reguläre Eintrittsleistung ist zu erbringen?

Eine versicherte Person hat beim Eintritt die Austrittsleistungen aus früheren Vorsorgeeinrichtungen, soweit sie nicht zwingend in eine andere Vorsorgeeinrichtung einzubringen sind, als reguläre Eintrittsleistung in die Stiftung einzubringen. Die versicherte Person hat die Übertragung bei der vorhergehenden Vorsorgeeinrichtung selbst zu veranlassen.

Der übertragene Betrag wird als Eintrittsleistung dem Altersguthabenskonto gutgeschrieben und im Todesfall für die Finanzierung der Ehegattenrente (sofern versichert) verwendet.

3.6

Wie kann sich die versicherte Person über die reguläre Eintrittsleistung hinaus einkaufen?

Die versicherte Person kann sich jederzeit über die reguläre Eintrittsleistung hinaus einkaufen, solange sie voll arbeitsfähig ist. Die maximale Höhe der Einkaufssumme ergibt sich aus der Differenz zwischen dem vorhandenen Altersguthaben und dem Altersguthaben, welches sich beim niedrigsten Aufnahmealter in die Altersvorsorge bis zum Zeitpunkt des Einkaufs unter Annahme der goldenen Regel (die Lohnentwicklung entspricht der Verzinsung des Vorsorgekapitals) ergeben hätte.

Der Vorsorgeplan kann eine Abweichung von der goldenen Regel vorsehen. Die Differenz zwischen der Verzinsung der Vorsorgekapitalien und der Lohnentwicklung beträgt maximal 2%.

Teilinvaliden können sich nach Massgabe ihrer Erwerbsfähigkeit einkaufen, solange sie auf dem aktiven Teil arbeitsfähig sind und die Einkäufe keine Erhöhung der Invaliditätsleistungen nach sich ziehen. Die maximale Höhe der Einkaufssumme wird entsprechend angepasst.

Der Höchstbetrag der Einkaufssumme reduziert sich um die Guthaben in der Säule 3a gemäss Art. 60a Abs. 2 BVV 2 und um Freizügigkeitsguthaben gemäss Art. 60a Abs. 3 BVV 2.

Diese Beträge werden bei der Berechnung der Einkaufssumme nicht berücksichtigt, soweit sie bereits bei einer anderen Vorsorgeeinrichtung bzw. bei einem anderen Plan angerechnet wurden.

Für Personen, die aus dem Ausland zuziehen und die noch nie einer Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz angehört haben, gilt Art. 60b BVV 2.

Hat die versicherte Person Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung getätigt, so darf sie Einkäufe erst vornehmen, nachdem sie die Vorbezüge zurückbezahlt hat. Von dieser Beschränkung ausgenommen sind Einkäufe in den letzten drei Jahren vor der reglementarischen Pensionierung. In diesem Fall wird der Vorbezug bei der Berechnung der Einkaufssumme berücksichtigt.

Die aus einem Einkauf resultierenden Leistungen dürfen innerhalb der nächsten drei Jahre nicht in Kapital-

form aus der Vorsorge zurückgezogen werden.

Versicherte Personen, die einen Teil ihrer Austrittsleistung infolge Ehescheidung an die Vorsorgeeinrichtung des Ehegatten übertragen mussten, können sich im Rahmen der übertragenen Austrittsleistung wieder einkaufen. Wiedereinkäufe im Falle der Ehescheidung sind von sämtlichen Begrenzungen ausgenommen und können jederzeit getätigt werden.

Zudem kann der Arbeitgeber Einmaleinlagen leisten. Die steuerliche Abzugsberechtigung dieser Zuwendungen richtet sich nach dem eidgenössischen und kantonalen Steuerrecht.

Die Auswirkungen von zusätzlichen Einkäufen und Einmaleinlagen sind die gleichen wie bei der regulären Eintrittsleistung.

3.7

Was geschieht bei einer Änderung des Beschäftigungsgrades?

Ändert der Beschäftigungsgrad einer versicherten Person, wird die Vorsorge auf der Basis des neuen versicherten Jahreslohnes weitergeführt. Vorbehalten bleiben Ziff. 3.3 und 3.4.

4

Wann und in welchem Umfang werden Leistungen fällig?

4.1

Welche Leistungen sieht die Personalvorsorge vor?

Im Alter:

Altersrente

Sofern im Vorsorgeplan vorgesehen:

Pensionierten-Kinderrente

Im Todesfall:

Todesfallkapital

Sofern im Vorsorgeplan vorgesehen:

Ehegattenrente

Waisenrente

Zusätzliches Todesfallkapital

Im Invaliditätsfall:

Befreiung von der Beitragszahlung

Sofern im Vorsorgeplan vorgesehen:

Invalidenrente

Invaliden-Kinderrente

4.2

Welche Bestimmungen gelten für sämtliche Leistungen?

4.2.1

Kürzung oder Einstellung von Leistungen

Bei einer Verletzung des Anschlussvertrages kann die Stiftung ihre Leistungen kürzen oder einstellen. Im Übrigen übersteigt die Leistungspflicht der Stiftung in keinem Fall diejenige aus dem Kollektiv-Lebensversicherungsvertrag.

Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, werden die Leistungen gemäss FZG aber in jedem Fall erbracht.

4.2.2

Abtretung und Verpfändung; Wohneigentumsförderung

Leistungen gemäss diesem Vorsorgereglement können, ausser zur Finanzierung von Wohneigentum gemäss BVG, vor Fälligkeit weder verpfändet noch abgetreten werden.

Ein Vorbezug oder eine Verpfändung der Leistungen für Wohneigentum zu Eigenbedarf ist gemäss BVG möglich. Nähere Angaben sind in den Ausführungsbestimmungen zur Wohneigentumsförde-

rung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge festgehalten.

4.2.3

Rentenberechtigung für Kinderrenten

Als Kinderrenten gelten Pensionierten-Kinderrenten, Invaliden-Kinderrenten und Waisenrenten.

Als Kinder gelten jene im Sinne von Art. 252 ff. ZGB. Ihnen gleichgestellt sind Stiefkinder, die von der versicherten Person ganz oder überwiegend unterhalten wurden. Weiter sind die Pflegekinder anspruchsberechtigt, wenn die versicherte Person für ihren Unterhalt aufzukommen hat.

Kinderrenten werden bezahlt für:

- Kinder bis zur Vollendung ihres 18. Altersjahres, sofern der Vorsorgeplan nichts anderes vorsieht;
- in Ausbildung stehende Kinder bis zum Abschluss ihrer Ausbildung, sofern sie nicht zugleich überwiegend erwerbstätig sind, längstens aber bis zur Vollendung ihres 25. Altersjahres;
- Kinder, solange sie erwerbsunfähig sind, vorausgesetzt, dass die Erwerbsunfähigkeit vor Vollendung des 25. Altersjahres eingetreten ist, und dass die Kinder keine Invalidenrente aus der beruflichen Vorsorge, der Unfallversicherung oder der Militärversicherung erhalten.

4.2.4

Verzugszins auf Vorsorgeleistungen

Für Alters- und Todesfalleistungen in Kapitalform, die nach Erhalt aller notwendigen Angaben nicht fristgerecht überwiesen werden, gilt der Verzugszins gemäss FZG.

Die Ausrichtung eines Verzugszinses für Leistungen in Rentenform rich-

tet sich nach Art. 105 OR, wobei der Verzugszinssatz demjenigen gemäss FZG entspricht.

4.2.5

Haftpflichtansprüche

Die Stiftung kann verlangen, dass ihr die anspruchsberechtigten Personen ihre Forderungen gegenüber einem haftpflichtigen Dritten bis zur Höhe der reglementarischen Leistungspflicht abtreten. Die anspruchsberechtigten Personen sind verpflichtet, der Stiftung auf Verlangen eine schriftliche Abtretungserklärung abzugeben.

4.2.6

Anpassung an die Preisentwicklung

Allfällige Rentenzahlungen werden nach Massgabe der verfügbaren Mittel des Vorsorgewerkes der Preisentwicklung angepasst. Der Kassenvorstand legt die Höhe der Anpassung fest.

4.3

Welche Bestimmungen gelten für Todesfall- und Invaliditätsleistungen?

4.3.1

Leistungsumfang

Die reglementarischen Leistungen werden erbracht, wenn die Invalidität oder der Tod nicht auf Unfall einschliesslich Berufskrankheiten im Sinne des UVG oder auf Unfall und Krankheit im Sinne des MVG zurückzuführen ist.

Die folgenden Leistungen werden jedoch auch dann fällig, wenn auf Grund des Todes oder der Invalidität der Unfall- oder Militärversicherer Leistungen erbringt:

- Todesfallkapital in Höhe des vorhandenen Altersguthabens;

- Todesfallleistungen nach der Pensionierung;
- Befreiung von der Beitragszahlung bei Erwerbsunfähigkeit;
- Der Vorsorgeplan kann weitere Leistungen vorsehen.

Ist gemäss Vorsorgeplan das Unfallrisiko mitversichert, gilt Folgendes:

- Kürzt die Unfall- oder die Militärversicherung ihre Leistungen, weil der Versicherungsfall nicht ausschliesslich auf eine von diesen beiden Versicherungen zu berücksichtigende Ursache zurückzuführen ist, so leistet die Stiftung anteilmässig.
- Die Leistungen werden jedoch nicht ausgerichtet, um Leistungsverweigerungen oder -kürzungen der Unfall- oder Militärversicherung wegen schuldhafter Herbeiführung des Versicherungsfalles auszugleichen.

4.3.2

Übersicherung

Die Leistungen aus diesem Vorsorgereglement werden zusätzlich zu den Leistungen anderer in- und ausländischer betrieblicher oder sozialer Versicherungen ausgerichtet. Aus dem Zusammentreffen dieser Leistungen darf jedoch für die anspruchsberechtigte Person kein ungerechtfertigter Vorteil entstehen.

Ein ungerechtfertigter Vorteil entsteht dann, wenn die Leistungen aus diesem Vorsorgereglement an Hinterlassene oder Invalide zusammen mit den übrigen anrechenbaren Einkünften 90% des mutmasslich entgangenen Verdienstes der versicherten Person übersteigen. In diesem Falle kürzt die Stiftung ihre Leistungen so weit, als diese zusammen mit den übrigen anrechenbaren Einkünften 90% des mutmasslich

entgangenen Verdienstes übersteigen.

Als anrechenbare Einkünfte gelten:

- Renten oder der Rentenwert von Kapitalleistungen in- oder ausländischer Sozialversicherungen und Vorsorgeeinrichtungen mit Ausnahme von Hilflosenentschädigungen, Abfindungen und ähnlichen Leistungen;
- die zusammengerechneten Einkünfte des überlebenden Ehegatten und der Waisen;
- zusätzlich erzielt oder zumutbarer Weise noch erzielbares Erwerb- oder Ersatzeinkommen von Versicherten, die Invaliditätsleistungen beziehen.

Leistungen aus privaten Versicherungen, welche die versicherte Person allein finanziert hat, werden nicht zu den anrechenbaren Einkünften gezahlt.

Die Bezugsberechtigten sind verpflichtet, der Stiftung über alle anrechenbaren Einkünfte Auskunft zu erteilen.

4.4

Welches ist die Altersleistung?

4.4.1

Altersleistung

Wird eine versicherte Person pensioniert, hat sie Anspruch auf eine lebenslängliche Rente.

Die Altersrente ergibt sich aus dem im Zeitpunkt der Pensionierung vorhandenen Altersguthaben. Sie wird nach dem im Zeitpunkt der Pensionierung gültigen Kollektiv-Lebensversicherungstarif berechnet. Die Umwandlungssätze sind im technischen Anhang aufgeführt.

Das Altersguthaben wird durch jährliche Altersgutschriften geäuñnet und gemäss dem jeweils gültigen Kollektiv-Lebensversicherungstarif verzinst.

Die Höhe der Altersgutschriften ist im Vorsorgeplan festgelegt.

4.4.2

Pensionierten-Kinderrente (sofern im Vorsorgeplan vorgesehen)

Hat ein Bezüger einer Altersrente rentenberechtigte Kinder, so erhält er für jedes dieser Kinder eine Rente. Diese wird ausgerichtet bis zum Tod des Kindes oder der versicherten Person bzw. bis zum Wegfall der Rentenberechtigung des Kindes.

Die Höhe der Pensionierten-Kinderrente ist im Vorsorgeplan festgelegt.

Pensionierten-Kinderrenten werden nicht mit Invaliden-Kinderrenten kumuliert.

4.4.3

Auszahlung der Altersleistungen in Rentenform

Die Renten werden quartalsweise im Voraus gezahlt. Von der Pensionierung bis zum nächsten Rentenfähigkeitstag wird eine Teilrente ausgerichtet.

Die Stiftung richtet anstelle einer Rente eine Kapitalabfindung aus, wenn die jährliche Altersrente weniger als 10% der Mindestaltersrente der AHV beträgt. Bei der Prüfung, ob eine geringfügige Altersrente vorliegt, werden allfällige Kinderrenten nicht berücksichtigt.

4.4.4

Auszahlung der Altersleistung als Kapital

Auf Wunsch kann die versicherte Person die Altersleistung als Kapital

beziehen, sofern sie der Stiftung die entsprechende Erklärung spätestens ein Jahr vor der reglementarischen Pensionierung oder der vorzeitigen Pensionierung abgegeben hat und sie im Zeitpunkt des Rücktritts nicht invalid ist, das heisst, sofern sie in den vorangegangenen zwölf Monaten keine Rente der IV, des UVG-Versicherers oder aus der beruflichen Vorsorge bezogen hat. Teilinvalide haben Anspruch auf Kapitalbezug nach Massgabe ihrer Erwerbsfähigkeit.

Bis ein Jahr vor der reglementarischen Pensionierung oder der vorzeitigen Pensionierung kann die versicherte Person jederzeit auf ihre Erklärung zurückkommen und ihre Altersleistung in Form einer Rente verlangen. Danach gilt ihre Erklärung als unwiderruflich.

Die Option kann das gesamte Altersguthaben oder einen Teil davon umfassen. Der Rentenanspruch berechnet sich nach dem verbleibenden Altersguthaben. Ziffer 4.4.3 Abs. 2 bleibt vorbehalten.

Mit der Auszahlung des Kapitals sind bei vollständiger Option sämtliche Ansprüche, bei teilweiser Option die anteilmässigen Ansprüche der versicherten Person und der Hinterlassenen abgegolten.

Die einjährige Optionsfrist gilt auch als eingehalten, wenn die versicherte Person weniger als ein Jahr vor der reglementarischen Pensionierung in die Versicherung eingetreten ist und das Gesuch bis spätestens 60 Tage nach Eintritt gestellt wurde.

Wurde als Folge von Restrukturierungsmassnahmen planmässig die vorzeitige Pensionierung von mehreren Arbeitnehmern angeordnet, so dass die einjährige Frist nicht eingehalten werden kann, so können die versicherten Personen auf Ver-

langen das Kapital ohne Einhaltung der einjährigen Frist beziehen.

Setzt die versicherte Person ihre Tätigkeit über das reglementarische Rücktrittsalter hinaus fort, so muss für einen Kapitalbezug die Erklärung dennoch spätestens ein Jahr vor dem reglementarischen Rücktrittsalter abgegeben worden sein.

Ist die versicherte Person verheiratet, so ist die Auszahlung der Kapitalabfindung nur zulässig, wenn der Ehegatte schriftlich zustimmt.

Die Stiftung kann die Beglaubigung der Unterschriften verlangen. Die Kosten dafür sind von der versicherten Person zu tragen.

4.5

Welches sind die Todesfallleistungen?

4.5.1

Ehegattenrente bei Tod vor der Pensionierung (sofern im Vorsorgeplan vorgesehen)

Stirbt eine verheiratete versicherte Person vor der Pensionierung, hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf eine Ehegattenrente.

Die Höhe der jährlichen Ehegattenrente ist im Vorsorgeplan festgelegt.

Ist der überlebende Ehegatte mehr als 10 Jahre jünger als die verstorbene versicherte Person, wird die Ehegattenrente für jedes den Altersunterschied von 10 Jahren übersteigende, ganze oder angebrochene Jahr um 1% der vollen Rente gekürzt.

Heiratet der überlebende Ehegatte vor Vollendung des 45. Altersjahres wieder, erlischt der Anspruch auf die Ehegattenrente. Er erhält eine einmalige Abfindung in Höhe von drei Jahresrenten. Anstelle der Abfin-

dung kann er beantragen, dass seine Rente wieder voll auflebt, wenn auch die Folgeehe aufgelöst wird. Erfolgt die Wiederverheiratung erst nach dem 45. Altersjahr, läuft die Ehegattenrente lebenslänglich weiter.

Der geschiedene Ehegatte hat keinen Anspruch auf eine Ehegattenrente.

4.5.2

Ehegattenrente bei Tod nach der Pensionierung (sofern im Vorsorgeplan vorgesehen)

Stirbt eine verheiratete Person, welche eine Altersrente bezieht, hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf eine Ehegattenrente. Die Höhe der Ehegattenrente ist im Vorsorgeplan festgelegt. Für die Anspruchsberechtigung gelten die gleichen Voraussetzungen wie bei Tod vor der Pensionierung. Heiratet der Altersrentner bzw. die Altersrentnerin erst nach dem vollendeten 65. Altersjahr, so wird die – gegebenenfalls schon gekürzte – Ehegattenrente wie folgt herabgesetzt:

- um 20% bei Heirat während des 66. Altersjahres;
- um 40% bei Heirat während des 67. Altersjahres;
- um 60% bei Heirat während des 68. Altersjahres;
- um 80% bei Heirat während des 69. Altersjahres.

Erfolgt die Heirat nach dem vollendeten 69. Altersjahr, so fällt die Ehegattenrente dahin.

Hat die versicherte Person nach Vollendung des 65. Altersjahres geheiratet und litt sie in jenem Zeitpunkt an einer schweren Krankheit, die ihr bekannt sein musste, so wird keine Rente entrichtet, wenn sie in-

nerter zweier Jahre nach der Eheschliessung an dieser Krankheit stirbt.

Der geschiedene Ehegatte hat keinen Anspruch auf eine Ehegattenrente.

Beim Tod einer Altersrentnerin, deren Altersrente vor dem 1. Januar 2005 zu laufen begonnen hat, wird keine Witwerrente fällig. Ausgenommen davon sind allfällige anwartschaftliche Witwerrenten, welche bei der Pensionierung im damaligen Vorsorgereglement bereits vorgesehen waren.

4.5.3

Waisenrente (sofern im Vorsorgeplan vorgesehen)

Stirbt eine versicherte Person, so erhalten die rentenberechtigten Kinder eine Rente.

Die Höhe der jährlichen Waisenrente ist im Vorsorgeplan festgelegt.

Sie erlischt mit dem Tod des Kindes oder mit dem Wegfall der Rentenberechtigung.

4.5.4

Todesfallkapital

Stirbt eine versicherte Person vor der Pensionierung, haben die Hinterlassenen Anspruch auf das vorhandene Altersguthaben, soweit dieses nicht für die Finanzierung einer Ehegattenrente benötigt wird.

4.5.5

Zusätzliches Todesfallkapital (sofern im Vorsorgeplan vorgesehen)

Stirbt eine versicherte Person vor der Pensionierung, wird ein zusätzliches Todesfallkapital fällig.

Die Höhe des zusätzlichen Todesfallkapitals sowie der versicherte Per-

sonenkreis sind im Vorsorgeplan umschrieben.

4.5.6

Anspruchsberechtigte Personen für die Todesfallkapitalien

Anspruch auf die Todesfallkapitalien haben unabhängig vom Erbrecht:

- a) der überlebende Ehegatte, bei dessen Fehlen
- b) die rentenberechtigten Kinder, bei deren Fehlen
- c) übrige natürliche Personen, die von der verstorbenen versicherten Person in erheblichem Masse unterstützt worden sind, oder die Person, die mit dieser in den letzten fünf Jahren bis zu ihrem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss, bei deren Fehlen
- d) die übrigen Kinder, bei deren Fehlen
- e) die Eltern, bei deren Fehlen
- f) die Geschwister, bei deren Fehlen
- g) die Enkel, bei deren Fehlen
- h) die Geschwisterkinder, bei deren Fehlen
- i) die übrigen gesetzlichen Erben (unter Ausschluss des Gemeinwesens) auf die Hälfte des Todesfallkapitals, maximal jedoch auf 50% des vorhandenen Altersguthabens.

In begründeten Fällen und wenn es dem Vorsorgezweck besser entspricht, kann die versicherte Person die Rangfolge der anspruchsberechtigten Personen gemäss lit. c - i ändern. Will die versicherte Person von diesem Recht Gebrauch machen, so teilt sie dies dem Kassenvorstand zuhandeder der Stiftung schriftlich und unter Angabe einer Begründung mit. Der Kassenvorstand entscheidet nach Absprache mit der Stiftung über eine Änderung der reglementarischen Begünstigungsordnung.

Ebenso kann die versicherte Person in begründeten Fällen und wenn es dem Vorsorgezweck besser entspricht mit dem Kassenvorstand nach Absprache mit der Stiftung schriftlich vereinbaren, welche Personen innerhalb einer Gruppe anspruchsberechtigt sind und in welchem Umfang. Fehlt eine solche Vereinbarung und sind innerhalb einer Gruppe mehrere anspruchsberechtigte Personen vorhanden, so teilt der Kassenvorstand das zur Verfügung stehende Todesfallkapital zu gleichen Teilen zu.

Begünstigte Personen gemäss lit. c werden nur dann in eine Verteilung mit einbezogen, wenn die Stiftung bis spätestens zum Zeitpunkt der Auszahlung des Todesfallkapitals vom Vorhandensein einer anspruchsberechtigten Person gemäss lit. c in Kenntnis gesetzt wurde. Ist dies nicht der Fall, besteht kein Anspruch auf das Todesfallkapital.

Massgebend für eine allfällige Auszahlung an die begünstigte Person sind in jedem Fall die Verhältnisse im Zeitpunkt des Todes der versicherten Person.

Eine von der versicherten Person abgegebene Begünstigungserklärung hat vorbehältlich einer allfälligen

Nachdeckung nur bis zum Austritt der versicherten Person aus dieser Personalvorsorge Gültigkeit.

4.5.7

Auszahlung der Todesfalleistungen

Die Renten werden quartalsweise im Voraus gezahlt. Vom Todestag bis zum nächsten Rentenfälligkeitstag wird eine Teilrente ausgerichtet.

Todesfalleistungen stehen den anspruchsberechtigten Hinterlassenen einer versicherten Person auch dann zu, wenn sie deren Erbschaft ausschlagen.

Todesfalleistungen, die aus irgendeinem Grund nicht zur Auszahlung an Destinatäre gelangen, werden nach Massgabe des Stiftungszweckes verwendet.

Die Stiftung richtet anstelle einer Rente eine Kapitalabfindung aus, wenn die Ehegattenrente weniger als 6% und die Waisenrente weniger als 2% der Mindestaltersrente der AHV beträgt.

Ausserdem wird auf Verlangen der anspruchsberechtigten Person die Ehegattenrente, welche bei Tod vor der Pensionierung entsteht, als Kapital ausgerichtet.

Dieses Kapital entspricht für den überlebenden Ehegatten, der beim Tod der versicherten Person das 45. Altersjahr vollendet hat, dem Kapitalwert der Ehegattenrente. Es wird für jedes angebrochene oder ganze Jahr, um welches der überlebende Ehegatte jünger ist als 45 Jahre, um 3% gekürzt. Im Minimum werden jedoch vier Jahresrenten ausbezahlt. Die Kapitalzahlung ist vor Bezug der ersten Rente zu beantragen.

4.6

Welches sind die Invaliditätsleistungen?

4.6.1

Invalidität

Invalidität ist die voraussichtlich bleibende oder längere Zeit dauernde ganze oder teilweise Erwerbsunfähigkeit. Erwerbsunfähigkeit ist der durch Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen oder psychischen Gesundheit verursachte und nach zumutbarer Behandlung und Eingliederung verbleibende ganze oder teilweise Verlust der Erwerbsmöglichkeiten auf dem in Betracht kommenden ausgeglichenen Arbeitsmarkt. Massgebend sind die Artikel 7 und 8 ATSG.

Ferner kann die Stiftung die Ausrichtung von Invaliditätsleistungen von einem rechtskräftigen Rentenentscheid der IV abhängig machen.

Anspruch auf die vollen reglementarischen Leistungen besteht, wenn der Invaliditätsgrad mindestens 70% beträgt. Bei einem Invaliditätsgrad zwischen 60% und 69% wird eine Dreiviertelsrente ausgerichtet. Bei einem Invaliditätsgrad von weniger als 60% werden die Leistungen entsprechend dem Invaliditätsgrad entrichtet. Eine Teilinvalidität von weniger als 25% begründet keinen Anspruch auf Leistungen.

Anspruch auf die versicherten Leistungen entsteht, nachdem die versicherte Person länger als die im Vorsorgeplan festgelegte Wartefrist ganz oder teilweise erwerbsunfähig gewesen ist. Ist die versicherte Person abwechslungsweise erwerbsfähig und erwerbsunfähig und dauern die Perioden der vollen Erwerbsfähigkeit nicht länger als ein Jahr, so werden Perioden der Erwerbsunfähigkeit aus gleicher Ursache zu-

sammengezählt und an die Warte-
frist angerechnet. Dauert die volle
Erwerbsfähigkeit mehr als ein Jahr,
so beginnt die Wartezeit erneut zu
laufen.

Tritt innerhalb eines Jahres, nach-
dem die versicherte Person vollstän-
dig erwerbsfähig geworden ist, ein
Rückfall ein, so werden die Leistun-
gen ohne neue Wartezeit wieder
gewährt. Für Rückfälle innert eines
Jahres werden die in der Zwischen-
zeit erfolgten Leistungsanpassungen
rückgängig gemacht.

Ist die Invalidität auf einen Selbststö-
tungsversuch oder auf absichtliche
Selbstverstümmelung zurückzuführen,
so besteht kein Anspruch auf
Invaliditätsleistungen.

Die Leistungen können im entspre-
chenden Umfang gekürzt werden,
wenn die IV eine Leistung kürzt,
entzieht oder verweigert, weil die
anspruchsberechtigte Person die In-
validität durch schweres Verschul-
den herbeigeführt hat oder sich ei-
ner Eingliederungsmassnahme der
IV widersetzt.

Für laufende Invaliditätsfälle ist das
im Zeitpunkt der für die Invalidität
ursächlichen Arbeitsunfähigkeit gül-
tige Vorsorgereglement weiterhin
anzuwenden. Vorbehalten bleiben
Ziff. 4.4.1 Abs. 3 und Ziff. 4.6.2
Abs. 5.

4.6.2

Invalidenrente (sofern im Vorsorge-
plan vorgesehen)

Wird eine versicherte Person invali-
d, hat sie Anspruch auf eine Rente.

Die Höhe der jährlichen Invaliden-
rente ist im Vorsorgeplan festgelegt
und beträgt maximal CHF 180 000.

Die Rente setzt nach der im Vorsor-
geplan festgesetzten Wartezeit ein.
Der Anspruch wird aufgeschoben,

solange ein Anspruch auf Lohnfort-
zahlung oder entsprechende Ersatz-
leistungen besteht.

Der Anspruch auf die im Vorsorge-
plan festgelegte Invalidenrente be-
steht, solange der Invaliditätsgrad
25% oder mehr beträgt, längstens
aber bis zur reglementarischen Pen-
sionierung oder bis zum Tod. Bei
der Pensionierung wird die Invali-
denrente durch eine Altersrente ab-
gelöst.

Berechnungsgrundlage für die Al-
tersrente bildet der im Zeitpunkt
der reglementarischen Pensionie-
rung gültige Kollektiv-Lebens-
versicherungstarif.

4.6.3

Invaliden-Kinderrente (sofern im
Vorsorgeplan vorgesehen)

Jede versicherte Person, die eine In-
validenrente aus dieser Personalvor-
sorge bezieht, hat Anspruch auf eine
Rente für ihre rentenberechtigten
Kinder.

Die Höhe der jährlichen Invaliden-
Kinderrente ist im Vorsorgeplan
festgelegt.

Die Rente erlischt mit dem Wegfall
der Invalidenrente, mit dem Tod
des Kindes oder wenn die Renten-
berechtigung des Kindes wegfällt.

4.6.4

Befreiung von der Beitragszahlung

Dauert die Erwerbsunfähigkeit einer
versicherten Person länger als die im
Vorsorgeplan festgelegte Wartezeit,
so sind nach Massgabe des Invalidi-
tätsgrades der versicherten Person
keine Beiträge mehr zu bezahlen.
Die Befreiung von der Beitragszah-
lung dauert, solange die Erwerbsun-
fähigkeit besteht, längstens aber bis
zur reglementarischen Pensionie-

rung oder bis zum Tod der versi-
cherten Person.

4.6.5

Auszahlung der Invaliditätsleistun-
gen

Die Renten werden quartalsweise im
Voraus gezahlt. Vom Zeitpunkt der
Rentenberechtigung bis zum nächs-
ten Rentenfähigkeitstag wird eine
Teilrente ausgerichtet.

4.6.6

Case Management

In geeigneten Konstellationen un-
terstützt und fördert das Case Ma-
nagement von Zurich in Zusam-
menarbeit mit der versicherten Per-
son deren berufliche, medizinische
und soziale Wiedereingliederung.

4.7

**Welche Leistungen erfolgen beim
Austritt aus der Personalvorsorge?**

4.7.1

Anspruch und Höhe der Austritts-
leistung

Wird das Arbeitsverhältnis durch
die versicherte Person oder durch
den Arbeitgeber vor der Pensionie-
rung aufgelöst und besteht kein An-
spruch auf Vorsorgeleistungen, so
scheidet die versicherte Person aus
der Personalvorsorge aus. Dabei ent-
steht der Anspruch auf eine Aus-
trittsleistung gemäss Art. 15 FZG.

Diese entspricht dem vorhandenen
Altersguthaben im Zeitpunkt der
Auflösung des Vorsorgeverhältnis-
ses.

Die Austrittsleistung entspricht
mindestens den von der versicherten
Person eingebrachten Eintrittslei-
stungen und Einkaufssummen samt
Zinsen zuzüglich der Summe der
verzinsten Beiträge der versicherten

Person an die Altersvorsorge mit einem altersabhängigen Zuschlag. Im Alter 25 beträgt dieser 20% der eigenen Beiträge. Für jedes weitere Altersjahr erhöht er sich um 4% und beträgt 100% der eigenen Beiträge ab Alter 45. Die Verzinsung erfolgt zum BVG-Zinssatz. Soweit Vorbezüge gemäss den Bestimmungen über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge getätigt bzw. Abfindungen gemäss Art. 22 ff. FZG (Ehescheidung) ausbezahlt worden sind, werden diese von der Austrittsleistung in Abzug gebracht.

Hat der Arbeitgeber die Eintrittsleistung der versicherten Person ganz oder teilweise übernommen, so wird der entsprechende Betrag von der Austrittsleistung abgezogen. Der Abzug vermindert sich mit jedem Beitragsjahr um 1/10 des vom Arbeitgeber übernommenen Betrages.

Zur Ermittlung der Austrittsleistung gilt mindestens 1/3 der gesamten Beiträge als Beitrag der versicherten Person.

Der vom Arbeitgeber finanzierte Teil der Austrittsleistung kann an die Abgangsentschädigung für ein langjähriges Arbeitsverhältnis gemäss Art. 339b ff. OR oder Gesamtarbeitsvertrag angerechnet werden.

4.7.2

Fälligkeit und Verwendung

Die Austrittsleistung wird bei Beendigung des Vorsorgeverhältnisses fällig.

Damit der Vorsorgeschutz gewahrt bleibt, wird die Austrittsleistung grundsätzlich an die Vorsorgeeinrichtung des neuen Arbeitgebers überwiesen.

Die versicherte Person gibt der Stiftung vor dem Austritt bekannt, an welche neue Vorsorgeeinrichtung die Austrittsleistung zu überweisen ist.

Tritt eine versicherte Person nicht in eine neue Vorsorgeeinrichtung ein, teilt sie der Stiftung mit, ob sie den Vorsorgeschutz in Form einer Freizügigkeitspolice oder eines Freizügigkeitskontos erhalten will. Trifft die Mitteilung nicht innert 6 Monaten nach Beendigung des Vorsorgeverhältnisses bei der Stiftung ein, wird die Austrittsleistung der Auffangeinrichtung überwiesen. Das Recht der versicherten Person auf jederzeitigen Wechsel der Form der Erhaltung des Vorsorgeschatzes bleibt gewahrt.

Überweist die Stiftung die fällige Austrittsleistung nicht innert 30 Tagen, nachdem sie alle notwendigen Angaben erhalten hat, so ist ab Ende dieser Frist ein Verzugszins gemäss FZG geschuldet.

4.7.3

Barauszahlung

Die versicherte Person kann die Barauszahlung der Austrittsleistung schriftlich verlangen, wenn:

- a) sie die Schweiz endgültig verlässt, oder
- b) sie eine selbstständige Erwerbstätigkeit aufnimmt und der obligatorischen beruflichen Vorsorge nicht mehr untersteht, oder
- c) die Austrittsleistung weniger als ihr Jahresbeitrag beträgt.

An eine verheiratete versicherte Person ist eine Barauszahlung nur zulässig, wenn der Ehegatte schriftlich zustimmt.

Die Stiftung kann die Beglaubigung der Unterschriften verlangen. Die Kosten dafür sind von der versicherten Person zu tragen.

4.8

Welche Leistungspflichten bestehen nach dem Austritt aus der Personalvorsorge?

4.8.1

Nachdeckung

Die bei Beendigung des Vorsorgeverhältnisses im Todes- und Invaliditätsfall versicherten Leistungen bleiben, ohne Erhebung eines entsprechenden Betrages, in unveränderter Höhe bis zur Begründung eines neuen Vorsorgeverhältnisses, längstens aber während eines Monats, versichert.

4.8.2

Nachhaftung

Ist die versicherte Person im Zeitpunkt des Dienstaustrittes oder bei Ablauf der Nachdeckungsfrist teilweise erwerbsunfähig, so bleibt während 360 Tagen seit Eintritt der Erwerbsunfähigkeit ihr Anspruch auf Invaliditätsleistungen gewahrt. Die Stiftung richtet jedoch nur dann Invaliditätsleistungen aus, wenn die Invalidität im Sinne dieses Vorsorgereglements auf die gleiche Ursache zurückzuführen ist, welche die Erwerbsunfähigkeit bewirkt hat.

Erhöht sich der Invaliditätsgrad später aus gleicher Ursache oder erhöht sich der Invaliditätsgrad einer bei Dienstaustritt bzw. Ablauf der Nachdeckungsfrist bereits invaliden Person aus gleicher Ursache, so werden für diese Erhöhung keine Invaliditätsleistungen erbracht.

Stirbt die versicherte Person zu einem Zeitpunkt, da sie gemäss Abs. 1 Anspruch auf Invaliditätsleistungen

gehabt hätte, und ist der Tod auf die gleiche Ursache zurückzuführen, welche die Erwerbsunfähigkeit bewirkt hat, bleibt der Anspruch der Hinterlassenen auf die reglementarischen Todesfallleistungen gewahrt.

4.8.3

Rückerstattungspflicht

Wird die Stiftung gemäss Ziff. 4.8.1 und Ziff. 4.8.2 leistungspflichtig, so sind bereits ausgerichtete Austrittsleistungen inkl. Zins der Stiftung zurückzuerstatten.

Ist die Rückerstattung nicht oder nur teilweise möglich, werden Hinterlassenen- bzw. Invaliditätsleistungen mit der Austrittsleistung verrechnet.

5

Welches sind die Beiträge an die Personalvorsorge?

Die Höhe der persönlichen Beiträge der versicherten Personen sowie die Beiträge des Arbeitgebers sind im Vorsorgeplan festgelegt.

Der Arbeitgeber zieht den Beitrag der versicherten Person in Raten vom Lohn ab und überweist ihn der Stiftung.

Die Beiträge werden bis zur Pensionierung bzw. bis zur Beendigung des Vorsorgeverhältnisses abgezogen. Bei Beschäftigungsmangel, Mutterschaft, Militär- oder Zivilschutzdienst sind die vollen Beiträge solange weiter zu leisten, als der versicherte Lohn nicht herabgesetzt wird.

Macht die versicherte Person vom Recht des Vorbezuges gemäss BVG Gebrauch, so kann sich ihr Beitrag an die Personalvorsorge erhöhen.

6

Welche Rechte und Pflichten hat die versicherte Person?

6.1

Was ist der Stiftung zur Durchführung der Personalvorsorge mitzuteilen?

Die versicherte Person, der Arbeitgeber und die anspruchsberechtigten Personen haben die Stiftung unverzüglich über alle Tatsachen, die auf die Ausrichtung von Leistungen Einfluss haben, zu orientieren. Dazu gehören insbesondere:

- Meldung der Gesamtheit der Vorsorgeverhältnisse sowie der darin versicherten Jahreslöhne durch die versicherte Person, sofern die Summe aller ihrer AHV-pflichtigen Jahreslöhne den maximal versicherbaren Jahreslohn gemäss BVG überschreitet;
- Invaliditätsfälle und Änderungen des Invaliditätsgrades;
- Tod einer versicherten bzw. einer anspruchsberechtigten Person;
- Wegfall der Rentenberechtigung von Kindern;
- Entstehen, Vorhandensein oder Wegfall von Unterhaltspflichten;
- Zivilstandsänderungen einer versicherten bzw. einer anspruchsberechtigten Person;
- Antrag zur Auszahlung der Leistungen in Kapitalform;
- neue Vorsorgeeinrichtung bei Stellenwechsel.

Die anspruchsberechtigten Personen haben alle Belege einzureichen, die zur Geltendmachung von Leistungen benötigt werden (Altersnachweis, Todesschein, Arztattest,

Nachweis der Unterhaltspflicht und dergleichen). Die Stiftung ist berechtigt, weitere Auskünfte zu verlangen, selbst einzuholen oder auf ihre Kosten Erhebungen vorzunehmen, insbesondere zur Abwehr unberechtigter Ansprüche infolge vorenthaltener, unrichtiger oder unvollständiger Angaben.

Die Stiftung lehnt jede Haftung für diejenigen Folgen ab, die aus einer Missachtung von Auskunfts- oder Mitteilungspflichten oder aus nicht wahrheitsgetreuer Information entstehen.

6.2

Welche Auskünfte erhält die versicherte Person?

Die versicherte Person erhält jährlich einen Vorsorgeausweis über den aktuellen Stand ihrer Vorsorgeleistungen. Dieser dient lediglich der Information. Im Zweifelsfall sind die Leistungen gemäss diesem Vorsorgereglement und dem dazugehörigen Vorsorgeplan massgebend.

Die versicherte Person kann jederzeit beim Kassenvorstand schriftlich Auskunft verlangen über

- die Höhe der Austrittsleistung;
- das ihr für das Wohneigentum zur Verfügung stehende Vorsorgekapital sowie die aus einem Vorbezug bzw. einer Verpfändung resultierenden Konsequenzen.

Auf Verlangen erhält die versicherte Person vom Kassenvorstand die Jahresrechnung und den Jahresbericht der Stiftung. Diese enthalten die vom Gesetz vorgesehenen Informationen.

Die versicherte Person kann die ihre Vorsorge betreffenden Grundlagen beim Arbeitgeber einsehen.

Ist der Arbeitgeber mit der Finanzierung der Vorsorge in Verzug, so informiert die Stiftung die Mitglieder des Kassenvorstandes bzw. die versicherten Personen. Ausserdem informiert sie die Aufsichtsbehörde gemäss Art. 58a Abs. 1 BVV 2.

6.3

Wie wird der Datenschutz im Rahmen der Personalvorsorge gewährleistet?

Die Stiftung, Zurich sowie die vom Stiftungsrat bezeichnete Durchführungsstelle treffen alle nötigen Massnahmen für eine streng vertrauliche Behandlung der Daten.

7

Was gilt es sonst noch zu beachten?

7.1

Wer kann das Vorsorgereglement bzw. den Vorsorgeplan ändern und für wen haben die Änderungen Gültigkeit?

Der Stiftungsrat kann das Vorsorgereglement im Rahmen der Bestimmungen der Stiftungsurkunde sowie der massgebenden Gesetze jederzeit ändern, ergänzen oder aufheben.

Der Kassenvorstand kann den Vorsorgeplan (insbesondere Leistungen, Finanzierung usw.) innerhalb der vom Gesetz und von der Stiftung vorgegebenen Rahmenbedingungen ändern.

Änderungen der reglementarischen Bestimmungen und tarifliche Änderungen gelten nur für die aktiv versicherten Personen. Sie gelten nicht für Leistungsbezüger und Personen, die arbeitsunfähig sind, mit Ausnahme der anwartschaftlichen An-

sprüche von Leistungsbezüger auf Altersleistungen.

Die versicherten Personen sind über Reglementsänderungen zu informieren.

Der Vorsorgeplan wird vom Kassenvorstand erlassen und tritt an dem im Vorsorgeplan genannten Datum in Kraft. Er ersetzt allfällige frühere Vorsorgepläne inkl. deren Nachträge.

7.2

Welches sind die Auswirkungen einer Auflösung des Anschlussvertrages?

Bei der Auflösung des Anschlussvertrages werden die Altersguthaben der aktiven und (teil-)invaliden Versicherten sowie die Inventardeckungskapitalien der zu übertragenden laufenden Renten (berechnet gemäss Kollektiv-Lebensversicherungstarif von Zurich) der neuen Vorsorgeeinrichtung überwiesen.

7.3

Welches sind die Voraussetzungen für eine Teilliquidation eines einzelnen Vorsorgewerkes bzw. der Stiftung und wie wird sie durchgeführt?

Die Voraussetzungen für eine Teilliquidation und deren Durchführung sind in einem separaten Reglement festgehalten.

7.4

Wer entscheidet bei Sachverhalten, die dieses Vorsorgereglement nicht regelt?

In Fällen, für welche dieses Vorsorgereglement keine Bestimmungen vorsieht, trifft der Kassenvorstand nach Rücksprache mit der Stiftung

eine dem Stiftungszweck und Gesetz entsprechende Regelung.

7.5

Wo werden die Verbindlichkeiten der Stiftung erfüllt?

Die Stiftung erfüllt ihre Verbindlichkeiten am schweizerischen Wohnsitz der bezugsberechtigten Personen, mangels eines solchen am Sitz der Stiftung.

7.6

Wann tritt dieses Vorsorgereglement in Kraft?

Dieses Vorsorgereglement tritt per 1. Januar 2008 in Kraft und ersetzt alle bisherigen inkl. allfälligen Nachträgen.

Integrierende Bestandteile des Vorsorgereglements sind:

- Ausführungsbestimmungen zur Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge
- Technischer Anhang
- Organisationsreglement für den Kassenvorstand
- Vorsorgeplan

Zürich, Dezember 2007

Sammelstiftung Mythen der «Zürich» Lebensversicherungsgesellschaft

Der Stiftungsrat

8 Ausführungsbestimmungen zur Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge

8.1 Welche Mittel können für Wohneigentum eingesetzt werden?

Bis drei Jahre vor der reglementarischen Pensionierung kann eine versicherte Person für Wohneigentum die Mittel

- aus der obligatorischen beruflichen Vorsorge
- aus der über- und ausserobligatorischen beruflichen Vorsorge
- aus Freizügigkeitspolicen und Freizügigkeitskonti

einsetzen, sofern nicht bereits ein Vorsorgefall (Invalidität, Pensionierung) eingetreten ist.

8.2 In welcher Form können die Mittel eingesetzt werden?

Die Mittel können als

- Vorbezug der Austrittsleistung oder
- Verpfändung der Austritts- und/oder Vorsorgeleistungen

eingesetzt werden.

8.3 Wofür können die Mittel aus der beruflichen Vorsorge verwendet werden?

Die Mittel aus der beruflichen Vorsorge können für Wohneigentum zum Eigenbedarf wie folgt verwendet werden:

- Für den Erwerb und die Erstellung von Wohneigentum (Alleineigentum, Miteigentum wie z.B. Stockwerkeigentum, Gesamtei-

gentum mit dem Ehegatten, selbstständiges und dauerndes Baurecht).

- Für die vertragliche und die freiwillige Amortisation von Hypothekendarlehen. Ausgeschlossen ist die Bezahlung von Hypothekarschuldzinsen.
- Für den Erwerb von Anteilscheinen an einer Wohnbaugenossenschaft oder den Erwerb von Aktien einer Mieter-Aktiengesellschaft. Das Reglement der Wohnbaugenossenschaft muss vorsehen, dass die für den Erwerb von Anteilscheinen eingezahlten Vorsorgegelder bei Austritt aus der Genossenschaft entweder einer anderen Wohnbaugenossenschaft oder einem anderen Wohnbauträger, bei dem eine Wohnung selbst genutzt wird, oder einer Einrichtung der beruflichen Vorsorge überwiesen werden. Anteilscheine und ähnliche Papiere sind bis zur Rückzahlung oder bis zum Eintritt des Vorsorgefalles oder der Barauszahlung der Austrittsleistung bei der Vorsorgeeinrichtung zu hinterlegen.

Zulässige Objekte sind die Wohnung und das Einfamilienhaus.

Die Mittel der beruflichen Vorsorge dürfen nicht verwendet werden für den Erwerb von unbebauten Grundstücken oder die Finanzierung des ordentlichen Unterhalts des Wohneigentums.

8.4 Was heisst Eigenbedarf?

Eigenbedarf bedeutet, dass das Wohneigentum von der versicherten Person selbst an ihrem Wohnsitz oder ihrem gewöhnlichen Aufenthaltsort (im In- und Ausland) genutzt werden muss.

Wenn die versicherte Person nachweist, dass diese Nutzung vorübergehend nicht möglich ist, z.B. wegen berufs- oder gesundheitsbedingtem vorübergehendem Wegzug mit der Familie, so ist die Vermietung während dieser Zeit zulässig.

Die Mittel der beruflichen Vorsorge dürfen gleichzeitig nur für ein Objekt verwendet werden. Ferien- und Zweitwohnungen können damit nicht finanziert werden.

8.5 Welche Bedingungen gelten für den Vorbezug?

8.5.1 Welches ist der Mindest- bzw. Höchstbetrag, den man vorbeziehen kann?

Der Mindestbetrag für den Vorbezug beträgt CHF 20 000. Er kann alle fünf Jahre geltend gemacht werden.

Falls Anteilscheine von Wohnbaugenossenschaften oder ähnliche Beteiligungen erworben oder Freizügigkeitspolicen und Guthaben auf einem Freizügigkeitskonto verwendet werden, gilt dieser Mindestbetrag nicht.

Bis zum Alter 50 kann die versicherte Person einen Betrag von maximal der Höhe ihrer aktuellen Austrittsleistung vorbeziehen.

Hat die versicherte Person das Alter von 50 Jahren überschritten, entspricht der maximale Vorbezug ihrer Austrittsleistung im Alter 50 oder der Hälfte der Austrittsleistung im Zeitpunkt des Vorbezugs. Der höhere der beiden Beträge kann bezogen werden; Vorbezüge und Rückzahlungen ab dem Alter 50 werden dabei berücksichtigt.

8.5.2

Wann und an wen hat die Stiftung den Vorbezug zu bezahlen?

Die Stiftung zahlt den Vorbezug spätestens nach sechs Monaten aus, nachdem die versicherte Person alle Belege zur Geltendmachung ihres Anspruchs eingereicht und die Kosten gemäss Ziff. 8.9 beglichen hat.

Die Auszahlung erfolgt mit dem Einverständnis der versicherten Person direkt an den Verkäufer, Ersteller, Darlehensgeber, die Wohnbau-genossenschaft usw. Der Vorbezug kann nicht an die versicherte Person überwiesen werden.

8.5.3

Wie wird sichergestellt, dass der Vorbezug dem Vorsorgezweck gemäss verwendet wird?

Zur Sicherung des Vorsorgezweckes wird im Grundbuch eine Veräusserungsbeschränkung angemerkt. Es wird festgehalten, dass die versicherte Person bei einer Veräusserung des Wohneigentums den Vorbezug an die Stiftung zurückzahlen muss. Die Meldung an das Grundbuchamt erfolgt durch die Stiftung bei Auszahlung des Vorbezugs.

8.5.4

Welche Folgen hat ein Vorbezug bei den Vorsorgeleistungen?

Die Vorsorgeleistungen werden im Alter gemäss den technischen Grundlagen der Vorsorgeeinrichtung gekürzt. Eine Kürzung von Todesfall- bzw. Invaliditätsleistungen erfolgt, falls diese von einem projizierten Altersguthaben abhängen.

Eine allfällige Kürzung des Risikoschutzes bei Invalidität und Tod kann die versicherte Person mit einer Zusatzversicherung beheben.

Die Kosten hierfür trägt die versicherte Person.

8.5.5

Wann kann und wann muss der Vorbezug an die Vorsorgeeinrichtung zurückbezahlt werden?

Die versicherte Person kann ihren Vorbezug freiwillig jederzeit, spätestens jedoch drei Jahre vor der regulatorischen Pensionierung, bis zum Eintritt eines Vorsorgefalles oder bis zur Barauszahlung der Austrittsleistung zurückzahlen.

Der Mindestbetrag für eine Rückzahlung beträgt CHF 20 000. Ist der ausstehende Vorbezug kleiner, so ist die Rückzahlung in einem Betrag zu leisten.

Von Gesetzes wegen muss der Vorbezug von der versicherten Person oder ihren Erben zurückbezahlt werden, wenn

- das Wohneigentum veräussert wird;
- Rechte an diesem Wohneigentum eingeräumt werden, die wirtschaftlich einer Veräusserung gleichkommen;
- bei ihrem Ableben keine Vorsorgeleistung fällig wird.

Bei Veräusserung des Wohneigentums beschränkt sich die Rückzahlungspflicht auf den Erlös. Als Erlös gilt der Verkaufspreis abzüglich der hypothekarisch gesicherten Schulden sowie der dem Verkäufer vom Gesetz auferlegten Abgaben.

8.5.6

Wie muss der Vorbezug versteuert werden?

Der vorbezogene Betrag muss als Kapitalleistung aus Vorsorge im Zeitpunkt des Bezuges versteuert werden. Die Besteuerung erfolgt gemäss den anwendbaren steuerli-

chen Bestimmungen in der Regel getrennt vom übrigen Einkommen.

8.5.7

Welche Steuerrückerstattung kann bei einer Rückzahlung des Vorbezuges geltend gemacht werden?

Bei der teilweisen oder vollen Rückzahlung des Vorbezuges kann die versicherte Person von der zuständigen Behörde des Kantons schriftlich verlangen, dass ihr die im Zeitpunkt des Vorbezuges bezahlten Steuern ohne Zins zurückerstattet werden. Das Recht auf Rückerstattung der bezahlten Steuern erlischt nach Ablauf von drei Jahren nach der Wiedereinzahlung des Vorbezuges.

Die Stiftung bescheinigt auf dem Formular der Eidgenössischen Steuerverwaltung die Rückzahlung des Vorbezuges.

8.6

Welche Bedingungen gelten für die Verpfändung?

8.6.1

Welche Folgen hat eine Verpfändung?

Die versicherte Person kann ihre Ansprüche auf Vorsorgeleistungen im Alter, bei Invalidität und bei Tod oder einen Betrag bis zur Höhe ihrer Austrittsleistung für Wohneigentum verpfänden. Der Vorsorgeschutz wird nicht bei Verpfändung, sondern erst bei einer allfälligen Pfandverwertung geschmälert.

8.6.2

Welcher Höchstbetrag kann verpfändet werden?

Die versicherte Person kann bis zum Alter 50 einen Betrag bis zur Höhe ihrer aktuellen Austrittsleistung verpfänden. Hat sie das Alter von 50 Jahren überschritten, gilt sinn-

gemäss die gleiche Regelung wie beim Vorbezug.

Die Ansprüche auf Vorsorgeleistungen oder Austrittsleistung können bis drei Jahre vor der reglementarischen Pensionierung für Wohneigentum verpfändet werden.

8.6.3

Was hat der Pfandgläubiger zu beachten?

Die Zustimmung des Pfandgläubigers der versicherten Person ist notwendig

- für die Barauszahlung der Austrittsleistung
- für die Auszahlung der Vorsorgeleistung

soweit die Pfandsumme betroffen ist.

Die Stiftung benachrichtigt den Pfandgläubiger der versicherten Person, wenn sie die Vorsorgeeinrichtung wechselt.

8.6.4

Welche Folgen hat eine Pfandverwertung?

Bei den Folgen der Pfandverwertung ist zwischen Pfandverwertung der Austrittsleistung und derjenigen der Vorsorgeleistungen zu unterscheiden.

Wird die Austrittsleistung pfandverwertet, verliert die versicherte Person die verpfändete Austrittsleistung. Es treten die gleichen Wirkungen ein wie beim Vorbezug. Insbesondere werden die Vorsorgeleistungen der versicherten Person im Alter gekürzt.

Werden die Vorsorgeleistungen pfandverwertet, verliert die versicherte Person ihre verpfändeten

Renten oder die Kapitalleistung. Die Pfandverwertung ist jedoch erst möglich, wenn eine Vorsorgeleistung fällig wird.

8.7

Welcher Anspruch auf Information besteht?

Die Stiftung informiert die versicherte Person auf schriftliches Gesuch hin über

- das ihr für das Wohneigentum zur Verfügung stehende Vorsorgekapital
- die mit einem Vorbezug oder einer Pfandverwertung verbundene Leistungskürzung.

8.8

Wie wird der Vorbezug oder die Verpfändung geltend gemacht?

Die versicherte Person reicht der Stiftung ein schriftliches Gesuch ein, in dem sie den Verwendungszweck des Geldes sowie ihren Eigenbedarf nachweist. Falls sie ihren Wohnsitz im Ausland hat, muss sie dieselben Nachweise erbringen.

Als Nachweis, dass die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, gelten beispielsweise folgende Unterlagen:

- bei Erwerb oder Erstellung von Wohneigentum oder bei Amortisation von Hypothekendarlehen die entsprechenden Vertragsdokumente;
- bei Erwerb von Anteilscheinen das Reglement und der Miet- oder Darlehensvertrag mit dem betreffenden Wohnbauträger.

Wenn nötig, kann die Stiftung zur weiteren Abklärung noch zusätzliche Unterlagen verlangen.

Ist die versicherte Person verheiratet, so benötigt sie für den Vorbezug oder die Verpfändung die schriftliche Zustimmung ihres Ehegatten.

Die Stiftung kann die Beglaubigung der Unterschriften verlangen. Die Kosten dafür sind von der versicherten Person zu tragen.

8.9

Welche Kosten entstehen?

Über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge gibt die Stiftung der versicherten Person kostenlos Auskunft; sie informiert auch über die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel und die allfällige Kürzung der Vorsorgeleistungen der versicherten Person.

Für die im Falle eines Vorbezuges oder einer Verpfändung anfallenden Aufwände werden der versicherten Person zurzeit folgende Kosten in Rechnung gestellt:

- beim Vorbezug: CHF 400 zuzüglich Gebühren für Anmerkung im Grundbuch;
- bei Verpfändung: CHF 200.

Die definitive Ausführung der Gesuche wird nach Eingang der entsprechenden Zahlung vorgenommen.

8.10

Welches sind die gesetzlichen Grundlagen?

Massgebend sind in jedem Fall die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge vom 17.12.1993 sowie die Verordnung dazu vom 3.10.1994.

9 Technischer Anhang

9.1 Zinssätze (Stand: 1. Januar 2008)

Die Verzinsung gemäss Kollektiv-Lebensversicherungstarif beträgt 2,0%.

Der BVG-Zinssatz beträgt 2,75%.

Der Verzugszinssatz gemäss FZG entspricht dem BVG-Zinssatz plus einem Prozent.

Gesetzliche und tarifliche Änderungen bleiben vorbehalten.

9.2 Umwandlungssätze für Altersrenten (Stand: 1. Januar 2008)

Für die Umwandlung des Altersguthabens in eine Altersrente werden – je nach Zeitpunkt der Pensionierung – folgende Umwandlungssätze angewendet:

Männer Alter	Umwandlungssatz
58	5,117%
59	5,195%
60	5,277%
61	5,380%
62	5,486%
63	5,597%
64	5,713%
65	5,835%
Frauen Alter	Umwandlungssatz
58	4,976%
59	5,064%
60	5,157%
61	5,254%
62	5,356%
63	5,462%
64	5,574%
65	5,690%

Der Vorsorgeplan kann andere Umwandlungssätze vorsehen.

Gesetzliche und tarifliche Änderungen bleiben vorbehalten.

9.3 Lohnbegriffe (Stand: 1. Januar 2008)

Koordinationsabzug gemäss BVG:
CHF 23 205

BVG-Lohnobergrenze:
CHF 79 560

Maximal versicherbarer Jahreslohn
gemäss BVG:
CHF 795 600

UVG-Lohnmaximum:
CHF 126 000

Gesetzliche Änderungen bleiben vorbehalten.

Koordinationsabzug und Lohnobergrenze gemäss BVG werden in der Regel der Entwicklung der maximalen Altersrente bzw. des maximal rentenbildenden Einkommens der AHV angepasst.

9.4 Pensionierungsalter (Stand: 1. Januar 2008)

Ordentliche Pensionierung:

Männer: 65 Jahre

Frauen: 64 Jahre

Gesetzliche Änderungen bleiben vorbehalten.

Organisationsreglement für den Kassenvorstand

Art. 1 Kassenvorstand

1. Die Leitung des Vorsorgewerkes obliegt dem Kassenvorstand.

2. Der Kassenvorstand konstituiert sich selbst und setzt sich für eine Amtsperiode wie folgt zusammen:

- aus Arbeitgebervertretern¹, die vom Arbeitgeber/selbstständig Erwerbenden¹ ernannt werden, und
- aus Arbeitnehmern, die nach Massgabe ihrer Beiträge aus der Mitte der Versicherten, unter Berücksichtigung der Arbeitnehmerkategorien, gewählt werden.²

Der Präsident wird aus der Mitte der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter gewählt.

3. Die Amtsperiode dauert 3 Jahre. Neuwahlen sind rechtzeitig vor Ablauf der Amtsperiode durchzuführen. Die Wiederwahl ist möglich.

4. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses hat das Ausscheiden aus dem Kassenvorstand zur Folge. Für die verbleibende Amtsperiode wird ein Nachfolger gewählt.

¹ Ist der Arbeitgeber eine natürliche Person, so ist er selbstständig erwerbend, wenn er im Sinne der AHV-Gesetzgebung als selbstständig Erwerbender gilt. Ist der Arbeitgeber eine juristische Person, so gelten als Arbeitgebervertreter in der Regel jene Personen, die geschäftsleitende Funktionen wahrnehmen (Verwaltungsratsmitglieder, Direktoren und Prokuristen).

² Art. 89 bis Abs. 3 ZGB lautet:
Leisten die Arbeitnehmer Beiträge an die Stiftung, so sind sie an der Verwaltung wenigstens nach Massgabe dieser Beiträge zu beteiligen; soweit möglich haben die Arbeitnehmer ihre Vertretung aus dem Personal des Arbeitgebers zu wählen.

Art. 2 Wahlverfahren

1. Die Vertreter der Arbeitnehmer im Kassenvorstand gehen aus offener oder geheimer Wahl hervor. Die Wahl erfolgt durch einfaches Mehr der abgegebenen Stimmen (relatives Mehr).

2. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang die meisten der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Haben sich mehr Kandidaten zur Wahl gestellt, als Sitze zu vergeben sind, so werden die Sitze denjenigen mit dem höchsten Stimmenanteil zugewiesen. Die ohne Sitz verbleibenden Kandidaten fallen als überzählig aus der Wahl.

3. Für die Wahl des Präsidenten gilt das gleiche Verfahren.

4. Das Ergebnis der Wahl sowie künftige Änderungen in der Zusammensetzung des Kassenvorstandes sind der Stiftung unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

5. Kommt die Bildung eines Kassenvorstandes nach Aufforderung durch den Stiftungsrat nicht zu Stande, z.B. infolge Verzichts durch die Arbeitnehmer, Handlungsunfähigkeit, mangelnder Sprachkenntnisse usw., so kann der Stiftungsrat die Interessen der Arbeitnehmer so lange wahrnehmen, bis ein Kassenvorstand gebildet ist.

Art. 3 Beschlussfassung

1. Der Kassenvorstand tritt zusammen, so oft es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens einmal jährlich. Die Einberufung erfolgt durch den Präsidenten oder wenn es die Hälfte der Mitglieder des Kassenvorstandes verlangt.

2. Die Einladung und die Bekanntgabe der Traktanden haben rechtzeitig vor dem Sitzungsdatum zu erfolgen.

3. Der Kassenvorstand ist in der Regel nur dann beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der Präsident, anwesend ist. Für alle Beschlüsse gilt das relative Mehr. Kommt keine Mehrheit zu Stande, hat der Präsident den Stichentscheid.

4. Beschlüsse können auch auf dem Zirkulationsweg gefasst werden.

5. Über die Beschlussfassung des Kassenvorstandes wird ein Protokoll geführt, das vom Präsidenten und von dem der Gegenseite angehörenden Protokollführer zu unterzeichnen ist.

6. Der Stiftungsrat prüft die ihm vorgelegten Beschlüsse des Kassenvorstandes hinsichtlich Gesetzes- und Reglementsconformität.

7.
Die Mitglieder des Kassenvorstandes zeichnen kollektiv zu zweien.

Art. 4 Aufgaben, Rechte und Pflichten des Kassenvorstandes

Der Kassenvorstand nimmt im Rahmen der bestehenden Personalvorsorge folgende Aufgaben wahr:

a)
Er erlässt den Vorsorgeplan, welcher insbesondere Art und Umfang der Vorsorgeleistungen und der Beiträge der versicherten Personen sowie allenfalls weitere vorsorgespezifische Bestimmungen umschreibt.

Erlass und Änderungen des Vorsorgeplanes sind nur innerhalb der von der Stiftung vorgegebenen Rahmenbedingungen möglich.

b)
Er ist für das Beibringen der für die vertragsgemässe Abwicklung durch die Stiftung unerlässlichen Informationen besorgt.

c)
Er beschliesst über die Verwendung der Guthaben auf dem Vorsorgekonto.

d)
Er beschliesst auf Antrag der versicherten Person über die Anwendung und Abänderung der reglementarischen Begünstigungsordnung im Einzelfall und unterbreitet den Beschluss der Stiftung.

e)
Er veranlasst den Arbeitgeber, die Beiträge an die Stiftung zu überweisen. Über allfällige Unregelmässigkeiten orientiert er die Stiftung.

f)
Er informiert die Versicherten über den aktuellen Stand ihrer Versicherung. Auf Verlangen erhalten sie im Rahmen gesetzlicher Vorschriften Aufschluss über die Organisation, Tätigkeit und die Vermögenslage des Vorsorgewerkes.

Art. 5 Aufgaben des Arbeitgebers

1.
Der Arbeitgeber verkehrt mit der Stiftung und bringt die für die vertragsgemässe Abwicklung unerlässlichen Informationen bei, u.a.

- Anmeldung von Personen, die zum reglementarischen versicherten Personenkreis gehören;
- Änderungen im Personalbestand wie Neueintritte, Dienstaustritte, Invaliditätsfälle, Todesfälle sowie weitere Änderungen, die Einfluss auf das Vorsorgeverhältnis haben;
- Lohnänderungen auf den Vertragsstichtag hin – in der Regel auf den 1. Januar;
- Meldung von Versicherungsfällen und die Begründung des Anspruchs.

2.
Bei Auflösung eines Arbeitsverhältnisses informiert er die versicherte Person unverzüglich über die möglichen Formen der Erhaltung des Vorsorgeschatzes und die Freizügigkeit und fordert sie auf, ihm binnen 30 Tagen die gewünschte Verwendung des Freizügigkeitsanspruchs mitzuteilen.

Art. 6 Geschäftsführung

Nimmt der Kassenvorstand Aufgaben des Arbeitgebers gegenüber der Stiftung wahr, so gilt er als vom Arbeitgeber hierzu ermächtigt.

Art. 7 Streitigkeiten

Streitigkeiten aus diesem Reglement sind der Stiftung zu melden.

Art. 8 Änderungen

Dieses Reglement wurde vom Stiftungsrat erlassen und kann von ihm jederzeit geändert werden.

Zürich, Dezember 2006

Sammelstiftung Mythen der
«Zürich» Lebensversicherungsgesellschaft

Der Stiftungsrat